

II- 1388 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM
FÜR GESUNDHEIT UND UMWELTSCHUTZ

1010 Wien, den 2. August 1972

Stubenring 1
Telephon 57 56 55

Zl. 50.004/35-4/o/1-72

567 /A.B.
zu 578 /J.

Präs. am 4. Aug. 1972

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abgeordneten Regensburger und
Genossen an die Frau Bundesminister für Gesund-
heitschutz, betreffend die Novellierung des Gift-
gesetzes (Zl. 578/J-NR/1972)

In der gegenständlichen Anfrage werden an die
Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz
folgende Fragen gerichtet:

"1. Sind Sie bereit, durch eine Novellierung des
Giftgesetzes dafür Vorsorge zu treffen, daß derart ge-
fährliche Stoffe nicht so formlos wie z.B. Weihnachts-
kerzen versandt werden ?

2. Welche Abänderungen des Giftgesetzes sind hie-
für erforderlich ?

3. Bis wann soll eine entsprechende Gesetzesvor-
lage dem Parlament zugeleitet werden ?"

In Beantwortung der vorliegenden Anfrage teile
ich mit:

Zu 1.:

Der Bezug von Giften, deren Abgabe und Versendung
ist nach den giftrechtlichen Vorschriften eingehend ge-
regelt.

Zum Bezug von Giften ist eine Giftbezugsbewilligung
erforderlich. Die Bezirksverwaltungsbehörde darf eine sol-
che Bewilligung nur erteilen, wenn weder gegen die Person

- 2 -

des Bewerbers noch gegen die beabsichtigte Verwendung des Giftes oder die Gebarung mit demselben Bedenken vorliegen. Die Darstellung von Giften und der Handel mit Giften erfordert eine besondere gewerberechtliche Konzession. Diese Konzession wird u.a. nur erteilt, wenn die entsprechende Verlässlichkeit in bezug auf das Gewerbe anzunehmen ist. Desgleichen muß auch der, der Gifte abgibt, verlässlich sein.

Wer Gifte abgibt, hat darüber Vormerkungen zu führen. Bei Bezug von Giften ist dem Abgebenden eine schriftliche Empfangsbestätigung einzuhändigen. Bei Versendung von Giften hat der Frachtführer oder Spediteur eine Übernahmsbestätigung auszustellen.

Die Ursache für den konkreten Vorfall, der Anlaß zur gegenständlichen Anfrage war, ist, soweit dies nach den Berichten, die dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz bisher zugegangen sind, beurteilt werden kann, somit nicht in einer sogenannten Gesetzeslücke zu suchen, sondern vielmehr auf die Nichtbeachtung giftrechtlicher Vorschriften und menschliches Versagen zurückzuführen.

Laut Mitteilung der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit vom 19. Juni 1972, Zl. 4.535/1-D/72, wurde über die Verantwortlichen deshalb auch wegen Zuwiderhandelns gegen das Giftgesetz eine Geldstrafe von 2.000,-- S verhängt.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz wird aber den erwähnten Vorfall zum Anlaß nehmen, um unter Berücksichtigung aller Aspekte eingehend zu prüfen, ob und allenfalls durch welche zusätzlichen Vorkehrungen dazu beigetragen werden kann, die Sicherheit im Verkehr mit Giften zu erhöhen.

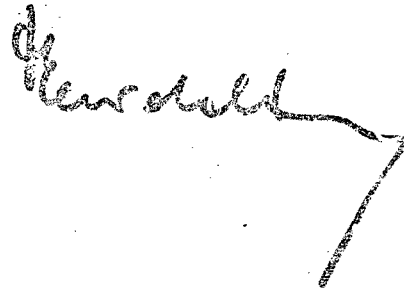
- 3 -

Sollte diese Prüfung ergeben, daß hiefür eine Novellierung des Giftgesetzes notwendig ist, werden die dazu erforderlichen Vorbereitungsarbeiten unverzüglich in Angriff genommen werden.

Zu 2. und 3.:

Erst nach Vorliegen des Ergebnisses der unter Z. 1 angeführten Prüfung wird beurteilt werden können, ob und in welcher Richtung eine Abänderung des Giftgesetzes erforderlich ist. Das gleiche gilt für den Termin, bis zu dem eine allfällige Gesetzesvorlage dem Parlament zugleitet werden soll.

Der Bundesminister:

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Hans Dull', followed by a long, sweeping horizontal line that ends in a small hook.